



Mattias Mieres

MAGAZIN



Eine Zeitenwende für die Partnerschaft zwischen Europa und den USA

Heute Ja, morgen Nein. Heute 100% Zölle, morgen keine Zölle. Heute den Krieg beenden wollen in einem Land, morgen kein Interesse mehr an dem Land. Klingt das nach Donald Trump? Ja, und es ist inzwischen noch viel schlimmer geworden: Trump greift mit militärischen Mitteln in Venezuela nach Macht, Öl und anderen Bodenschätzen. Er will Grönland zu einem Teil der USA machen, überlegt laut, Kanada zu annektieren und geht immer wieder offen auf Abstand zur NATO. Widersprüchliche Aussagen und Drohungen kommen bei Trump nicht mehr nur in

Abständen von einem oder mehreren Tagen, sondern schon innerhalb einer Rede. In Davos hat er zum Beispiel in einem Atemzug die EU verunglimpft und gleichzeitig betont, wie sehr er Europa liebe.

Nur eins ist noch berechenbar, wenn es um Trump geht: Seine Unberechenbarkeit. Und die Bereitschaft, innen- und außenpolitisch Gewalt zur Durchsetzung seiner (nicht immer klar erkennbaren) Ziele anzuwenden.

Deshalb müssen Deutschland und

die EU in den Bereichen Wirtschaft und Verteidigung umdenken, wenn es um die USA geht. Die USA sehen uns nicht mehr als Partner, sondern bestenfalls als Konkurrenten. Und im schlechtesten Fall nur als Spielball zwischen ihren Interessen und denen Chinas und Russlands.

In Sachen Wirtschaft braucht die EU neue Allianzen, neue Abkommen, die uns unabhängiger vom Handel mit den USA machen. Daher bin ich noch immer fassungslos, dass das EU-Parlament mit den Stimmen der Grünen-Fraktion die Ratifizierung

des Mercosur-Abkommens mit den Süd- und Mittelamerikanischen Staaten verzögert. Bei allem Verständnis für ökologische Standards und für die Rücksicht auf Bedenken heimischer Bauern – hier haben die Grünen nicht verstanden, dass wir neue Prioritäten brauchen. Mit dem aktuell abgeschlossenen Handelsabkommen mit Indien verbinde ich erstens die Hoffnung, dass es schneller umgesetzt werden kann als das Mercosur-Abkommen. Und zweitens, dass es Teil einer neuen, klaren und vor allem selbstbewussten Wirtschaftsstrategie Europas ist. Natürlich dürfen wir gegenüber den USA nicht aktiv diplomatisches Porzellan zerschlagen (dafür ist Trump „zuständig“). Aber demütig zu warten, bis wir zerrieben werden, kann nicht die Lösung sein. Klare Kante und zur richtigen Zeit die Zähne zu zeigen ist meiner Auffassung nach der richtige Weg.

Noch größere Herausforderungen sehe ich bei der Verteidigung. Wir wissen schon länger, dass die USA in der NATO nicht mehr im früheren Umfang engagiert sind. Aber alleine die Vorstellung, dass die USA als NATO-Mitglied mit Grönland das Territorium Dänemarks – eines anderen NATO-Mitglieds – beansprucht, das hat neue Qualitäten. Spätestens jetzt ist klar: Die EU muss zur

Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen im Spannungsfeld zwischen den Großmächten ihre gemeinsam Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken.

Dazu ein Blick auf den aktuellen Status: Seit 2009 ist die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter anderem durch den Vertrag von Lissabon festgelegt. So müssen sich z. B. EU-Staaten im Falle eines Angriffs auf EU-Gebiet solidarisch unterstützen – ähnlich wie in der NATO. Auf dieser Basis sind weitere Strukturen von Zusammenarbeit über die Jahre geschaffen worden. Seit 2022 gibt es auch als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg den neu geschaffenen Europäischen Verteidigungsfonds, in den die Länder bis 2027 insgesamt 8 Mrd. Euro geben.

Und wie weiter? Meine Einschätzung: Deutschland und Europa müssen noch mehr kooperieren und investieren. Insbesondere bei allem, was der Hybriden Sicherheit dient. Die kritische Infrastruktur muss beispielsweise deutlich besser geschützt werden gegen hybride Angriffe. Da passiert schon viel, aber es geht noch mehr. Wir sehen am Krieg Russlands gegen die Ukraine, dass Panzer und Kampfflugzeuge schon lange nicht mehr die einzige Bedrohung für ein Land sind.

Zur generellen Stärkung der EU und einem kraftvolleren internationalen Auftreten in Verteidigungs- und Sicherheitspolitik unterstütze ich zudem den Vorschlag von Manfred Weber (EVP Chef EU Parlament) zur Schaffung der Position eines europäischen Präsidenten nach der nächsten Wahl zum EU-Parlament. Ein solcher Präsident/Präsidentin würde die Aufgaben und Kompetenzen der Kommissionspräsidentin und des EU-Ratspräsidenten in seiner Person und Position vereinen. Begleitend dazu schlägt Weber auch eine neue Allianz zur Außen- und Sicherheitspolitik vor. Dafür müsste ein neuer Souveränitätsvertrag geschlossen werden, der es willigen Staaten besser ermöglicht, stärker in der Außen- und Sicherheitspolitik aufzutreten. Eine Gruppe, in der das teils lähmende Prinzip der Einstimmigkeit nicht gelten würde. Bislang bremsen Länder wie Ungarn regelmäßig gemeinsame Anstrengungen in diesen Bereichen aus.

Mein Fazit: Beide Themenfelder – Wirtschaft und Verteidigung – brauchen also im Jahr 2026 in Europa die gleiche Antwort auf die neuen Herausforderungen: Mehr Kooperation, mehr Solidarität und mehr europäisches Selbstbewusstsein. Sowohl Richtung Osten wie Richtung Westen!





Hier war ich auch (Teil 1):



Nordpfalzgymnasium in
Kirchheimbolanden



Landesparteitag der SPD
Rheinland-Pfalz in Kaiserslautern



Zentrum für ambulante
Rehabilitation in Kaiserslautern



Neujahrsempfang der
Ortsgemeinde Schweisweiler



Neujahrsempfang des SPD-
Ortsverein Erlenbach



Neujahrsempfang der Stadt
Waldmohr

Neues aus dem Wahlkreis

Der Otto-Wels-Preis für Demokratie 2026

#MachDenUnterschied: Haltung zeigen!

Du hast eine Idee, wie unsere Gesellschaft gerechter, offener oder solidarischer werden kann? Dann zeig sie uns!

Die SPD-Bundestagsfraktion sucht beim Otto-Wels-Preis für Demokratie 2026 junge Menschen zwischen 14 und 20 Jahren, die Mut machen und etwas bewegen wollen.

- 🎯 Gewinne 1.500 € für dein Projekt
- 👉 Werde von einem SPD-Bundestagsabgeordneten als Patin oder Pate begleitet
- 📅 Einsendeschluss: 27. Februar 2026

👉 Alle Infos unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis

Ausschreibung

**OTTO-WELS-PREIS
FÜR DEMOKRATIE 2026**

SPD Fraktion im
Bundestag





Medienecho zu meiner politischen Arbeit:

DIE RHEINPFALZ

BERLIN

Pfälzer SPD-Abgeordneter kontert Merz in Krankschreibungs-Debatte

SPD-Gesundheitsexperte Matthias Mieves (Wahlkreis Kaiserslautern) hält nichts von der Debatte. „Friedrich Merz stellt mit seinen Aussagen fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Generalverdacht und argumentiert dabei mehr mit Bauchgefühl als mit Fakten“, sagt er. Die telefonische Krankschreibung ist für Mieves ein „kluges Instrument des Bürokratieabbaus im Gesundheitssystem“. Dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim zufolge sei der Anstieg der Krankmeldungen vor allem auf die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zurückzuführen, erklärt Mieves. Auch er verweist auf viele unbezahlte Überstunden. „Statt Arbeitnehmer schlechtzureden, sollte sich Merz lieber darum kümmern, dass Leistung fair anerkannt wird – und seine Wirtschaftsministerin endlich ins Arbeiten kommt.“



POLITISCHE ANALYSEN MANAGEMENT KOMMENTARE SZENE AUTOREN WIR ÜBER UN

22.01.2026

Medizinal-Cannabisgesetz: Pauschale Verbote sind der falsche Weg

Matthias Mieves MdB, SPD, Mitglied im Gesundheits- und Digitalausschuss

Wenn wir über Medizinal-Cannabis sprechen, sprechen wir nicht über ein Randthema der Gesundheitspolitik. Wir sprechen über Menschen, deren Alltag von schweren und chronischen Erkrankungen geprägt ist. Für sie ist Medizinal-Cannabis kein politisches Schlagwort, sondern Teil ihrer medizinischen Realität.

Seit der Neuregelung im Frühjahr 2024 ist Cannabis zu medizinischen Zwecken kein Betäubungsmittel mehr, sondern ein verschreibungspflichtiges Arzneimittel. Das hat den Zugang erleichtert – und das war politisch auch so gewollt. Zugleich sind jedoch neue Vertriebs- und Geschäftsmodelle entstanden, die den medizinischen Charakter dieser Therapie zunehmend in den Hintergrund rücken.

Der vorliegende Gesetzentwurf reagiert darauf und verfolgt grundsätzlich ein legitimes Ziel: Missbrauch soll unterbunden und die ärztliche Verantwortung gestärkt werden. Dieses Ziel teile ich ausdrücklich. Entscheidend ist jedoch, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen dieses Ziel tatsächlich erreichen oder am Ende vor allem diejenigen treffen, die auf eine verlässliche Versorgung angewiesen sind. Aus dieser Perspektive möchte ich die aktuelle Debatte einordnen.

Stabilität der Versorgung entscheidend

Die Debatte über Medizinal-Cannabis wird häufig verkürzt geführt. Dabei gerät leicht aus dem Blick, dass es für viele Patientinnen und Patienten einen festen und unverzichtbaren Platz in ihrer Therapie hat. Für viele Betroffene geht es nicht um eine Option unter vielen, sondern um die Frage, ob sie ihren Alltag bewältigen können: ob Schmerzen erträglich bleiben, ob Spastiken gelindert werden oder ob ein selbstbestimmtes Leben wieder ein Stück näher rückt. Gerade Menschen mit chronischen Schmerzen oder schweren Erkrankungen berichten, dass Medizinal-Cannabis dort hilft, wo andere Thera-



Matthias Mieves MdB

änd

News

SPD-Politiker Mieves:

KI als Primärversorger „schon heute Realität“

Viele Deutsche nutzen ChatGPT und Co. zu Gesundheitsfragen – und somit Angebote, die „intransparent und unzuverlässig“ seien, kritisiert Gesundheitspolitiker Matthias Mieves. Als künftigen, möglichen „vertrauenswürdigen Kontaktpunkt“ für den KI-Einsatz sieht er die 116117.



Debatte entbrannt

SPD warnt vor »Arbeitgebermärschen« bei Krankschreibungen

In der Debatte über möglichen Missbrauch der telefonischen Krankschreibung liegen Union und SPD auseinander. Die SPD-Gesundheitspolitiker Christos Pantazis und Matthias Mieves warnen vor pauschalen Unterstellungen und verweisen auf die Faktenlage. Mieves zeigt sich genervt von der »Platte mit Sprung«.

Spezialisierte KI

ChatGPT bekommt eigenen Gesundheitsbereich

Das auf US-Unternehmen OpenAI hat einen eigenen Gesundheitsbereich im Sprachmodell ChatGPT vorgestellt. »ChatGPT Gesundheit« soll präzisere Antworten zu Gesundheitsfragen bieten, indem es medizinische Daten der Nutzer auswertet.

Mieves: ePA nicht an Anbieter wie OpenAI anbinden

Ob die Schutzmaßnahmen den Anforderungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung entsprechen, ist noch unklar. Erste Stimmen in Deutschland warnen schon vor dem KI-Gesundheitsberater. So schreibt etwa der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves, Mitglied in den Ausschüssen für Gesundheit und Digitales, auf LinkedIn: »Wenn wir Datenschutz und digitale Souveränität ernst nehmen, müssen Gesundheitsdaten auf europäischen Servern liegen. Eine Anbindung der elektronischen Patientenakte an Anbieter wie OpenAI ist für mich deswegen keine Option.« Zudem sei die Qualität der Antworten nicht garantiert, was ein Gesundheitsrisiko darstellen könne.

Tiefgang

Chat GPT drängt ins Gesundheitswesen

Montag, 12. Januar 2026 | Lesedauer: 7 Min.

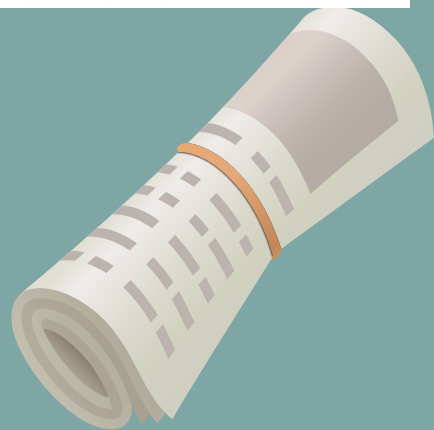
In Deutschland ist der Zugriff auf Daten in der elektronischen Patientenakte (ePA) klar geregelt. Um Chat GPT anzubinden, **wären also entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen nötig**, sagte eine Sprecherin der zuständigen Agentur für digitale Medizin (Gematik) auf Anfrage von SZ Dossier. Eine Integration von Chat GPT und der ePA ist laut dem Haus von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) „aktuell nicht geplant“.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves, Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Ausschuss für Digitales, nannte eine Anbindung der ePA an KI-Anwendungen wie Chat GPT derzeit „nicht vertretbar“. Dies gelte insbesondere, solange Daten außerhalb Deutschlands oder der EU verarbeitet würden.

LTO

Aktuelles Kanzleien & Unternehmen Anwaltsberuf Justiz Studium & Referendariat Stellenmarkt

Auch der für das Thema zuständige Berichterstatter der SPD im Gesundheitsausschuss, Matthias Mieves, bestätigte gegenüber LTO, dass die Position der SPD-Bundestagsfraktion nach Anhörung unverändert sei. Einen verpflichtenden Praxisbesuch für Cannabis-Patienten lehnt der Gesundheitspolitiker ab: "Entscheidend ist, dass ein Kontakt zwischen Arzt und Patient stattgefunden hat – dieser kann im Jahr 2026 auch digital erfolgen. Dabei muss eine Identitätsprüfung stattgefunden haben." Wenn das sichergestellt sei, stehe einem Versand durch Apotheken nichts im Wege.





Sportlich, sportlich! Das Förderprogramm des Bundes zur Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)

Alle Sportbegeisterten freuen sich auf die Olympischen Winterspiele, die jetzt im Februar beginnen. In Mailand und Cortina d'Ampezzo sind ganz sicher alle Sportstätten dafür perfekt hergerichtet. Aber was ist mit unseren Sportplätzen, Frei- und Hallenbädern in der Region? Da gibt es in vielen Gemeinden Sanierungsbedarf. Deshalb hat der Bund auch in diesem Jahr wieder 333 Mio. Euro bundesweit an Fördermitteln für solche Projekte bereitgestellt. Aus meinem Wahlkreis haben sich 14 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 18 Mio. Euro für eine Förderung beworben. Das Prüfungs- und Auswahlverfahren beginnt jetzt.

Ich setze mich natürlich aktiv beim Haushaltsausschuss des Bundestages für „meine“ Sportstätten ein. Aber mit Blick auf die auch bundesweit extrem hohe Zahl von Bewerbungen bei begrenzten Fördermitteln sehe ich realistisch, dass nur wenige zum Zuge kommen können. Aber es wird noch

in diesem Jahr vom Bund ein zusätzliches Programm zur Sanierung von Schwimmbädern geben, auf das sich alle bewerben können, die jetzt nicht ausgewählt werden. Und sehr wahrscheinlich wird es auch 2027 wieder ein SKS geben und damit eine weitere Chance auf Förderung.

Hier war ich auch (Teil 2):



Neujahrsempfang des
SPD-Ortsverein
Kaiserslautern -Hohenecken



Haustürbesuche in
Kaiserslautern - Betzenberg



Kneipenquiz der Jusos-
Donnersbergkreis in Winnweiler



Dankfeier der Sternsinger des
BDKJ in Kaiserslautern



SPD-Infostand des SPD-
Ortsverein Kaiserslautern-Mitte



Neujahrskaffee des SPD-
Ortsverein Schönenberg-
Kübelberg

Neues aus Berlin

Was der Krankenstand wirklich sagt – und was nicht

In den letzten Tagen wird wieder heftig über Krankmeldungen diskutiert. Nachdem der Bundeskanzler sich dazu geäußert hatte, kündigte Gesundheitsministerin Nina Warken an, die telefonische Krankschreibung überprüfen zu wollen. Und wieder entsteht der Eindruck, dass Beschäftigte das Problem seien. Das ärgert mich. Denn diese Debatte wird seit Jahren immer wieder neu von der UNION entfacht, obwohl die Fakten längst auf dem Tisch liegen. Es fühlt sich an wie eine Endlosschleife. Und sie geht zu Lasten derer, die jeden Tag arbeiten.



Häufig wird in dieser Debatte die Zahl 14,5 Krankheitstage pro Jahr genannt. Das klingt viel, aber ein Durchschnitt allein sagt wenig aus, wenn man ihn nicht einordnet. Ein einfaches Beispiel: Sechs Menschen arbeiten in einem Betrieb. Fünf von ihnen sind das ganze Jahr über gesund. Eine Person ist schwer erkrankt und fällt 90 Tage aus. Der Durchschnitt liegt bei 15 Krankheitstagen.

Was passiert in der öffentlichen Debatte? Plötzlich gelten alle sechs als Teil eines „Problems“ – selbst die fünf, die das ganze Jahr über gearbeitet haben. So funktionieren Schlagzeilen. Aber so funktioniert keine seriöse Analyse.

Oft wird auch erwähnt, dass die Zahl der Krankheitstage pro Jahr in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen ist. Statistisch gesehen stimmt das. Auch hier gilt es, sich die Faktenlage genau anzuschauen, denn es hat sich etwas Entscheidendes verändert. Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wurde eingeführt – und das ist wichtig! Denn wie Analysen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigen, hängt der Anstieg der Krankmeldungen seit 2022 vor allem mit der Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zusammen. Wir erfassen heute also genauer und vollständiger. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen plötzlich häufiger krank oder weniger leistungsbereit sind.

Auch die telefonische Krankschreibung wird immer wieder kritisiert. Dabei ist sie kein Missbrauch, sondern ein kluges Instrument des Bürokratieabbaus. Fragt doch mal euren Hausarzt beim nächsten Termin. Sie entlastet Arztpraxen, spart Wege und hilft dabei, Infektionen zu vermeiden. Zudem ist ihr Anteil gering: Laut dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung macht sie nur 1,2 Prozent aller Krankmeldungen aus. Wer ernsthaft glaubt, dass diese 1,2 % das zentrale Wachstumsproblem Deutschlands sind, lenkt von den eigentlichen Herausforderungen ab.

Wenn wir über Arbeit und Krankheit sprechen, dann müssen wir auch die andere Seite betrachten, denn viel zu selten wird über das Gegenteil gesprochen: über Menschen, die krank zur Arbeit gehen. Laut dem Deutschen Gewerkschaftsbund haben im vergangenen Jahr 63 Prozent der Beschäftigten mindestens einmal krank gearbeitet. 44 Prozent davon sogar länger als eine Woche. Das soll nicht missverstanden werden. Jeder, der krank ist, soll zu Hause bleiben und sich auskurieren. Das ist enorm wichtig. Dennoch ist es notwendig, auch diese Zahlen zu erwähnen. Denn das ist kein Zeichen von Faulheit. Es zeugt von Pflichtgefühl, Druck und oft auch von Sorge um den eigenen Arbeitsplatz – auch das gehört zur Wahrheit.

Wenn wir ehrlich darüber reden wollen, wie Arbeit motivierend und produktiv bleibt, müssen wir unseren Blick weiten. Dazu gehört auch, dass in Deutschland rund die Hälfte aller Überstunden unbezahlt bleibt. Das ist ein viel größeres Problem als jede telefonische Krankschreibung.

Was bleibt also?

Die Menschen wollen arbeiten und Leistung bringen. Was sie dafür brauchen, sind Vertrauen und gesunde Arbeitsbedingungen. Denn weder Krebs noch ein gebrochener Arm oder eine chronische Erkrankung sind veränderbare Krankheitstage.

Zahlen können dabei helfen, Dinge zu verstehen. Sie können jedoch auch für Stimmungsmache missbraucht werden. Ich finde: Wir sollten uns für Ersteres entscheiden.



Hier könnt ihr mich treffen:



10. Februar, ab 14:00 Uhr: Haustürbesuche mit dem SPD-Landtagskandidaten Dennis Matheis in Otterberg
11. Februar, ab 13:00 Uhr: Haustürbesuche mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Oliver Kusch in Albessen & Selchenbach
12. Februar, ab 14:00 Uhr: Haustürbesuche mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Rahm in Kaiserslautern
18. Februar, ab 18:00 Uhr: Heringessen der SPD Kusel in Quirnbach
19. Februar, ab 10:00 Uhr: Haustürbesuche mit der SPD-Landtagsabgeordneten Jaqueline Rauschkolb in Dreisen
19. Februar, ab 16:00 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Zeig Gesicht für Demokratie“ mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister Michael Ebling in Gauersheim
20. Februar, ab 16:00 Uhr: Neujahrsempfang des DGB in Kaiserslautern
20. Februar, ab 18:00 Uhr: 80-Jahr-Feier SPD-OV Münchweiler

Telefonsprechstunde

20. Februar 2026
(Freitag)

13:30 - 15:00 Uhr

Anmeldung unter:
matthias.mieves.wk@bundestag.de
oder 0151 10377531



Hier war ich auch (Teil 3):



Jahresfeier des SPD-Ortsverein
Otterberg



Eröffnung des Café Luma im 42 in
Kaiserslautern



Firma Bösing Dental in Bingen



Mein Lese-Tipp

Frau Komachi empfiehlt ein Buch von Michiko Aoyama

Fünf Geschichten, die sich um ganz unterschiedliche Menschen und Lebenswege drehen - die aber alle doch zusammenhängen. Denn in allen spielt eine ganz besondere Bibliothekarin eine wesentliche Rolle. Sie stellt die richtigen Fragen und empfiehlt überraschende Bücher. Ihr Gespür für das, was Menschen umtreibt, führt zu überraschenden Erkenntnissen und Wendungen in den fünf Protagonisten der einzelnen Erzählungen. „Frau Komachi empfiehlt ein Buch“ wurde in Japan geschrieben und spielt sich in Tokio ab. Und doch kann man aus den magischen Schilderungen einige Gedanken mitnehmen, die auch auf unser eigenes Leben zutreffen. Eine sehr entspannte, ermutigende Lektüre, die zu zuversichtlichem Nachdenken anregt. Das Lesen dieses Buches macht einfach gute Laune.



Richard-Wagner-Straße 1
67655 Kaiserslautern

0631 69550 / 0151 10377531
matthias.mieves.wk@bundestag.de
www.matthiasmieves.de

Bahnhofstraße 3a
67806 Rockenhausen

Matthias Mieves
Bundestagsabgeordneter
für die Westpfalz

